

Antrag 147/I/2026**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Rücknahme der geplanten Kürzungen im Sozialbereich**

1 Die im Rahmen der aktuellen Haushaltsverhandlungen
2 vorgesehenen Kürzungen in den Bereichen Soziales, Teil-
3 habe, Obdachlosenhilfe, Jugendhilfe und verwandten so-
4 zialen Leistungen sind vollständig zurückzunehmen.

5
6 Stattdessen sind alternative Konsolidierungsstrategie zu
7 entwickeln, die nicht zu Lasten der besonders vulnerablen
8 Bevölkerungsgruppen geht, beispielsweise durch Haus-
9 haltseinsparungen in nicht-sozialen Bereichen, eine pro-
10 gressive Steuerpolitik oder effizientere Verwaltungsstruk-
11 turen.

12
13 Für den Fall, dass Teilkürzungen bereits vertraglich zuge-
14 sagt oder beschlossen wurden, ist zu prüfen, wie diese so-
15 fort aufgehoben oder kompensiert werden können, ggf.
16 mit Nachtragshaushalt oder Umwidmung von Mitteln.

17
18 Es ist sicherzustellen, dass alle betroffenen sozialen Trä-
19 ger, Einrichtungen und Betroffene frühzeitig in die Pla-
20 nung und Umsetzung eingebunden werden, um Härten
21 und Versorgungslücken zu vermeiden.

22
23 **Begründung**
24 Soziale Daseinsvorsorge darf nicht zur Dispositionsmas-
25 se werden Die geplanten Kürzungen greifen in zentra-
26 len Bereichen der sozialen Sicherung, Unterstützung und
27 Teilhabe. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ver-
28 schärfen Einschnitte im Sozialbereich die Ungleichheit
29 und verschlimmern existentielle Notlagen. Berlin muss
30 seiner Verantwortung gerecht werden, Menschen in pre-
31 kären Lebenslagen zu schützen.

32 Vulnerable Gruppen tragen die Hauptlast Die Kürzungen
33 treffen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen,
34 Empfänger*innen von Grundsicherung oder Sozialgeld,
35 wohnungs- und obdachlose Menschen, Alleinerziehende,
36 Kinder- und Jugendliche in schwierigen Verhältnissen so-
37 wie Träger sozialer Arbeit. Die soziale und gesellschaftli-
38 che Stabilität Berlins wäre dadurch gefährdet.

39 Kürzungspläne widersprechen dem Anspruch auf men-
40 schenwürdige Teilhabe Eine Gesellschaft, die soziale Leis-
41 tungen einschränkt, riskiert das Auseinanderdriften zwi-
42 schen Gewinnerinnen und Verliererinnen. Staatliche Leis-
43 tungen im Bereich Soziales sind kein Luxus, sondern Teil
44 des öffentlichen Auftrags, Teilhabe und Chancengleich-
45 heit zu sichern.

46 Wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Folgekosten
47 Einschnitte im Sozialbereich führen langfristig zu Mehr-
48 kosten – etwa in Gesundheitswesen, Justiz, Obdachlosen-

49 betreuung, Rückfällen in Armut und Verschärfung von Kri-
50 sen. Investitionen in soziale Stabilität sind oft kosteneff-
51 fektiver als Gesundheitsschäden, Straffälligkeit oder chro-
52 nische Obdachlosigkeit.

53 Solidarität und politische Glaubwürdigkeit Berlin hat sich
54 in vielen Debatten zu sozialer Gerechtigkeit bekannt. Kür-
55 zungen in zentralen sozialen Bereichen stehen dem dia-
56 metral entgegen und würden das Vertrauen in politische
57 Verantwortung beschädigen. Es darf nicht sein, dass in
58 Zeiten knapper Haushalte ausgerechnet diejenigen be-
59 schnitten werden, die ohnehin wenig haben.

60 Alternativen existieren

- 61 • Überprüfung und Kürzung in weniger sozialkriti-
62 schen Ausgabenbereichen (z. B. Repräsentations-
63 budgets, Überdimensionierung in Verwaltung etc.)
- 64 • Effizienzsteigerung in Verwaltung, Reduktion von
65 Doppelstrukturen
- 66 • Steuerprogression oder Einhebung zusätzlicher Ein-
67 nahmen bei Spitzenverdienenden
- 68 • Aktivierung von zusätzlichen Förder- und Bundes-
69 mitteln
- 70 • Umstrukturierung von Ausgaben ohne Leistungs-
71 kürzungen

72